



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 14. Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde
am 29.10.2020, 18:00 Uhr,
im Familiengarten Eberswalde, Stadthalle "Hufeisenfabrik",
Am Alten Walzwerk 1, 16227 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 13. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde vom 24.09.2020
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Bericht des Leiters der Polizeiinspektion Barnim
8. Informationen aus der Stadtverwaltung
9. Informationsvorlagen
- 9.1. **Vorlage:** I/0013/2020 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 65 –Tiefbauamt
- 10. Vergabebericht der Stadt Eberswalde für das Jahr 2019**
- 9.2. **Vorlage:** I/0015/2020 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 01.2 – Referat für Beteiligungsverwaltung
Beteiligungsbericht der Stadt Eberswalde zum 31.12.2019
10. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Stadtverordneten sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
- 10.1. **Anfrage:** AF/0062/2020 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: Fraktion SPD | BFE
Umsetzung Änderungsantrag zur BV/0070/2019 - Zusätzliche Stellen im Stadtmarketing

- 10.2. **Anfrage:** AF/0063/2020 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: Fraktion CDU
BV/0070/2019 Haushaltssatzung 2020/2021 - Änderungsantrag Personalstelle im Referat für Wirtschaftsförderung
- 10.3. **Anfrage:** AF/0064/2020 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: Fraktion CDU
BV/0070/2019 Haushaltssatzung 2020/2021 – Änderungsantrag "Städtebauliche Klimaschutzrichtlinien"
- 10.4. **Anfrage:** AF/0065/2020 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Straßenreinigung auf Kopfsteinpflasterstraßen
11. Informationen aus bzw. zu den Ausschüssen
12. Ab- und Berufung von sachkundigen Einwohner/innen
13. Genehmigung von Eilentscheidungen
14. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
- 14.1. **Vorlage:** BV/0273/2020 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 67 – Bauhof
5. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Eberswalde über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung von öffentlichen Straßen (Straßenreinigungsgebührensatzung)
- 14.2. **Vorlage:** BV/0274/2020 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 65 –Tiefbauamt
4. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung der Stadt Eberswalde für die Niederschlagswasserbeseitigung
- 14.3. **Vorlage:** BV/0267/2020 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 02.21 – Referat für soziale Teilhabe & Integration
Richtlinie zur Gewährung des Bernauer und Eberswalder Stadtpasses
- 14.4. **Vorlage:** BV/0281/2020 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 61 – Stadtentwicklungsamt
„Mobil in Eberswalde“ - Mobilitätsplan 2030+

- 14.5. **Vorlage:** BV/0275/2020 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 61 – Stadtentwicklungsamt
Wegenetzkonzept für das Brandenburgische Viertel in Eberswalde
- 14.6. **Vorlage:** BV/0285/2020 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: Fraktion Die PARTEI Alternative für
Umwelt und Natur
Stadtteilentwicklungskonzept für die Clara-Zetkin-Siedlung
- 14.7. **Vorlage:** BV/0290/2020 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: Fraktion Die PARTEI Alternative für
Umwelt und Natur
Erweiterung des Obus-Netzes mit Fahrdraht
- 14.8. **Vorlage:** BV/0277/2020 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 61 – Stadtentwicklungsamt
Benennung eines öffentlichen Geh- und Radweges in „Madame-Ebart-Weg“
- 14.9. **Vorlage:** BV/0284/2020 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 01.1 - Bürgermeisterbereich
**Förderung der baulichen Erneuerung der Elektro- und Beleuchtungsanlagen, der
Rissanierung in den Deckengewölben und der Arbeiten an den bleiverglasten Fenstern
der Maria-Magdalenen-Kirche als Zuwendungsbaumaßnahme**
- 14.10. **Vorlage:** BV/0296/2020 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: Fraktion SPD I BFE,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Fraktion FDP I Bürgerfraktion Barnim,
Fraktion DIE LINKE.
**Einberufung einer AG zur Benennung anerkannter schwerbehinderter Personen als Ver-
treter*innen in Fachausschüssen**
- 14.11. **Vorlage:** BV/0292/2020 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 40 – Amt für Bildung, Jugend und Sport
**Antragstellung der Stadt im Rahmen des Bundesprogramms „Sanierung von kommunalen
Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ (Förderung für das Fritz-
Lesch-Stadion – Erneuerung Kunststoffflächen**
- 14.12. **Vorlage:** BV/0295/2020 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: 32 - Ordnungsamt
**Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Eberswalde über das Of-
fenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen aus Anlass von besonderen
Ereignissen für das Jahr 2020**

14.13. **Vorlage:** BV/0301/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Fraktion DIE LINKE.,
Fraktion CDU

Erhöhung der finanziellen Mittel für "Förderrichtlinie für das Eberswalder Wachstums- und Konjunkturpaket"

TOP 1:

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Hoeck, Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung, eröffnet die öffentliche Sitzung um 18:00 Uhr.

Herr Hoeck informiert basierend auf einer Information des Wahlleiters, dass Herr Marco Karnstedt sein Mandat als Stadtverordneter mit Schreiben vom 26.10.2020 niedergelegt hat. Entsprechend der Ersatzpersonenliste der Wahlniederschrift über die Sitzung des Wahlausschusses der Stadt Eberswalde zur Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung wären Alla Gordijenko, Roland Kaul, Christoph-Eckhardt Neumann und Anastasia Borth in entsprechender Reihenfolge Nachrücker, welche jeweils mit Schreiben vom 26.10.2020 auf die Berufung verzichtet haben. Mit Schreiben vom 26.10.2020 hat Herr Ronny Hiekel, erklärt eine Berufung als Ersatzperson anzunehmen. Herrn Hiekels Berufung als Ersatzperson entspricht der Reihenfolge der Ersatzperson nach Maßgabe des Wahlergebnisses. Herr Hiekel hat gem. § 51 i. V. m. § 60 Abs. 7 BbgKWahlG die Mitgliedschaft in der Stadtverordnetenversammlung mit sofortiger Wirkung erworben. Infolgedessen begrüßt Herr Hoeck Herrn Hiekel im Namen aller Stadtverordneten.

TOP 2:

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Hoeck stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Einwendungen hiergegen werden nicht vorgetragen.

Zu Beginn der Stadtverordnetenversammlung (StVV) sind 31 Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend (**Anlage 1**).

TOP 3:

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 13. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde vom 24.09.2020

Herr Hoeck informiert, dass Herr Zinn mit E-Mail vom 24.10.2020 einwendete, dass auf Seite 17 unter TOP 9.7 das Wort „Novellierung“ durch das Wort „Möbliierung“ zu ersetzen sei. Des Weiteren schlägt Herr Zinn vor, auf Seite 33 unter TOP 14.12 Satz 4 die Passage „ein Schreiben an den ersten Bevollmächtigten der thyssenkrupp rothe erde Germany GmbH, Herrn Holger Wachsmann“ wie

folgt zu korrigieren: „...ein Schreiben an den Ersten Bevollmächtigten der IG-Metall-Geschäftsstelle Ostbrandenburg, Herrn Holger Wachsmann“. Die Einwendungen werden derzeit durch das Sachgebiet Sitzungsdienst geprüft.

Nachrichtliche Anmerkung:

Die Prüfung durch das Sachgebiet Sitzungsdienst ergab das die o. g. Einwendungen richtig sind, demzufolge wird eine Korrektur vorgenommen.

Weitere Einwendungen liegen nicht vor.

Herr Banaskiwicz nimmt ab 18:03 Uhr an der Sitzung teil **(33 Stimmberechtigte anwesend)**.

TOP 4:

Feststellung der Tagesordnung

Herr Hoeck teilt mit, dass die von der Fraktion CDU eingereichten Anfragen AF/0063/2020 „BV/0070/2019 Haushaltssatzung 2020/2021 – Änderungsantrag Personalstelle im Referat für Wirtschaftsförderung“ (**Anlage 2**) und die AF/0064/2020 „BV/0070/2019 Haushaltssatzung 2020/2021 – Änderungsantrag ‚Städtebauliche Klimaschutzrichtlinien‘“ (**Anlage 3**) sowie die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingereichte Anfrage AF/0065/2020 „Straßenreinigung auf Kopfsteinpflasterstraßen“ (**Anlage 4**) vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt wurden und somit Bestandteil der Tagesordnung sind.

Weiterhin teilt er mit, dass die von den Fraktionen DIE LINKE. und CDU eingereichte Beschlussvorlage BV/0301/2020 „Erhöhung der finanziellen Mittel für ‚Förderrichtlinie für das Eberswalder Wachstums- und Konjunkturpaket‘“ und die von den Fraktionen DIE LINKE. und Bündnis 90/Die Grünen eingereichte Beschlussvorlage BV/0304/2020 „Eberswalde tritt dem Bündnis ‚Seebrücke‘ bei und wird sicherer Hafen für Geflüchtete“ an alle Stadtverordneten übersandt wurde. Da die Beschlussvorlagen gemäß § 3 Absatz 2 der Geschäftsordnung nicht fristgerecht vorgelegen haben, ist die Eilbedürftigkeit durch die Antragsteller gemäß § 1 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Stadt Eberswalde i. V. m. § 35 Absatz 2 Satz 1 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) zu begründen.

Herr Walter teilt als Miteinreicher der Beschlussvorlage BV/0304/2020 „Eberswalde tritt dem Bündnis ‚Seebrücke‘ bei und wird sicherer Hafen für Geflüchtete“ mit, dass er im Namen der Fraktionen DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen die eingereichte Beschlussvorlage zurückzieht.

Herr Walter begründet die Eilbedürftigkeit für die eingereichte Beschlussvorlage BV/0301/2020 „Erhöhung der finanziellen Mittel für ‚Förderrichtlinie für das Eberswalder Wachstums- und Konjunkturpaket‘“ gemäß § 1 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Stadt Eberswalde i. V. m. § 35 Absatz 2 Satz 1 BbgKVerf indem er mitteilt, dass sich die Unternehmen aufgrund der immer weiter andauernden Einschränkungen durch die Corona-Pandemie in einer erheblichen Notlage befinden und die Zeit für das Finden von geeigneten Lösungen immer weiter schwindet und dass aus diesem Grund kein weiterer Aufschub geduldet werden kann. Ferner teilt Herr Walter mit, dass die am 28.10.2020 be-

schlossenen Einschränkungen der Bundesregierung ihm zu denken geben und nunmehr nicht auf die StVV-Sitzung im November 2020 gewartet werden kann.

Abstimmungsergebnis zur Eilbedürftigkeit der Beschlussvorlage: mehrheitlich zugestimmt.

Frau Parys und Herr Parys nehmen ab 18:05 Uhr an der Sitzung teil (**35 Stimmberechtigte anwesend**).

Herr Hoeck teilt mit, dass somit die Eilbedürftigkeit der Beschlussvorlage festgestellt wurde und in die Tagesordnung als Tagesordnungspunkt 14.13 aufgenommen wird.

Herr Passoke bittet im Namen der Fraktion DIE LINKE., dass etwa um 19:45 Uhr eine zehnminütige Pause eingelegt wird.

Herr Dietterle teilt im Namen der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur als Einreicher der Beschlussvorlage BV/0290/2020 mit, dass sie diese zurückzieht.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: mehrheitlich zugestimmt.

TOP 5:

Informationen des Vorsitzenden

5.1 Anfrage der Fraktion Die LINKE. AF/0059/2020 „Umsetzung des Investitionskonzeptes für des Familiengarten“ – StVV 24.09.2020

Herr Dr. Werdermann beantwortet die offene Anfrage anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 5**) und mit Hilfe eines Handouts (**Anlage 6**), was vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt wurde.

5.2 Herr Hoeck informiert, dass am 28.10.2020 auf Einladung von Herrn Götz Herrmann und Herrn Hoeck eine erste Beratung mit allen Ausschussvorsitzenden und dem Vorsitzenden der Vertretung stattgefunden hat. Schwerpunkt der Beratung war die Überarbeitung der Geschäftsordnung. Weiterhin gab es einen Erfahrungsaustausch untereinander zu der Arbeit in den Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung. Eine ausführliche Erklärung aller Teilnehmer soll erarbeitet werden. Gemeinsames Ziel ist es, die kommunalpolitischen Gremien auch in den kommenden Monaten tagen zu lassen. Er appelliert an die Stadtverordneten die Sitzungsdauer im Blick zu haben, entsprechend sollten sich alle jeweils möglichst auf den Kern der Aussagen in den Wortbeiträgen beschränken. Der Erfahrungsaustausch wurde sehr positiv bewertet und soll möglichst einmal im Jahr wiederholt werden.

5.3 Die Fraktion Bündnis Eberswalde informierte mit Schreiben vom 28.10.2020 über die vorgenommene Neubenennung von Ausschussmitgliedern und deren Stellvertretern entsprechend ihrem Vorschlagsrecht in folgenden Ausschüssen:

- Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt

Ausschussmitglied:	Herr Ronny Hiekel
1. Stellvertreter:	Herr Christian Mertinkat
2. Stellvertreter:	Herr Viktor Jede

- Ausschuss für Kultur, Soziales und Integration

Ausschussmitglied:	Herr Viktor Jede
1. Stellvertreter:	Herr Christian Mertinkat
2. Stellvertreter:	Herr Ronny Hiekel

- Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport

Ausschussmitglied:	Herr Viktor Jede
1. Stellvertreter:	Herr Ronny Hiekel
2. Stellvertreter:	Herr Christian Mertinkat

- Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen

Ausschussmitglied:	Herr Christian Mertinkat
1. Stellvertreter:	Herr Ronny Hiekel
2. Stellvertreter:	Herr Viktor Jede

- Rechnungsprüfungsausschuss

Ausschussmitglied:	Herr Viktor Jede
1. Stellvertreter:	Herr Christian Mertinkat
2. Stellvertreter:	Herr Ronny Hiekel

TOP 6:

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

TOP 7:

Bericht des Leiters der Polizeiinspektion Barnim

Herr Boginski beantragt Rederecht für Herrn Starigk, Leiter der Polizeiinspektion Barnim.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Starigk berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation über die Sicherheitslage in der Stadt Eberswalde (**Anlage 7**).

7.1 Herr Zinn

- *hofft, dass diese Statistik die ehrlichen Zahlen widerspiegelt und keine Bereinigung dieser Zahlen durch die Polizei vorgenommen wurde*
- *fragt nach dem aktuellen Sachstand zur Brandserie im Brandenburgischen Viertel und möchte wissen, ob bereits Erfolge zu verzeichnen waren; wichtig für ihn wäre, dass bestimmte Signale gesendet werden, da in der Einwohnerschaft von Eberswalde immer wieder Fragen diesbezüglich aufkommen; beispielhaft nennt Herr Zinn die Frage nach dem Täter bzw. der Tätergruppe*

Herr Starigk teilt mit, dass es derzeit noch keinen verurteilten Straftäter im Zusammenhang mit der

Brandserie im Brandenburgischen Viertel gibt. Er informiert, dass je weiter die Ermittlungen vorangeschritten sind, eine Beruhigung im Straftatenaufkommen zu verzeichnen war und dass gemäß der Beweispflicht im deutschen Rechtssystem ein bloßer Verdacht für eine Verurteilung nicht ausreicht. Er informiert, dass die Ermittlungen dem Täter so nah waren, dass erstmal Ruhe in dieses Thema eingekehrt ist. Darüberhinaus macht er deutlich, dass eine Komplettüberwachung des Brandenburgischen Viertels wie sie von vielen gewünscht wird, aufgrund der Größe und auch der Rechte der Einwohnerinnen und Einwohner nicht möglich ist. Ferner teilt er mit, dass zeitgleich zur Brandserie im Brandenburgischen Viertel auch drei große Brandserien im Niederbarnim zu verzeichnen waren und die Polizei dort ebenfalls mit sehr viel Energie versucht hat, diese aufzuklären, im Ergebnis konnten mehrere Tatverdächtige ermittelt werden, deren Verfahren noch laufen.

- bezieht sich auf die Messerattacke am vergangenen Wochenende in der Nacht vom 24.10.2020 an der Friedrich-Ebert-Straße und möchte wissen, ob die Stadt Eberswalde bzw. der Landkreis Barnim Hotspot der organisierten Kriminalität von ausländischen Mitbürgern geworden ist oder ob es sich hierbei nur um leichte Ansätze handelt; ferner teilt er mit, dass nicht nur auf der polizeilichen; sondern auch auf kommunaler Ebene darüber nachgedacht werden muss, welche Präventionsmaßnahmen getroffen werden können; er macht deutlich, dass seines Erachtens weder die Polizei noch das städtische Ordnungsamt permanent Reparaturbrigade für gesellschaftspolitische Fehlentwicklungen spielen sollte

Herr Starigk teilt mit, dass die Polizei in der Stadt Eberswalde nicht von Hotspot-Kriminalität oder Clan-Kriminalität spricht. Nichtsdestotrotz werden Ermittlungen getätigt, ob irgendwelche Verwicklungen zu anderen Regionen bestehen. Letztendlich handelt es sich um eine Kriminalitätsform, bei der es um Drogengeschäfte geht, bei denen es um Ausstände ging – die einen nicht bezahlt und die anderen eingefordert haben –. Strukturen mit Clan, Rückhalt oder Großfamilien aus Berlin oder anderen Ballungsräumen wurden in Eberswalde und dem Landkreis Barnim nicht festgestellt.

- teilt mit, dass er an der Gemeindevertretung in der Gemeinde Schorfheide teilgenommen hat, wobei Herrn Westerkamp, Bürgermeister, informierte, dass ab der 45 Kalenderwoche, wenn die neuen verschärften Corona-Regeln gelten, polizeiintensive Personenkontrollen durchgeführt werden; er merkt an, dass die Rathauspassage einen Schwerpunkt in der Stadt Eberswalde darstellt und fragt, was er unter den polizeiintensiven Personenkontrollen verstehen kann und ob Herr Starigk mit seinem personellen Bestand agiert oder ob ihn weitere Bereiche unterstützen

Auf die Frage der coronabedingten Personenkontrollen informiert er, dass die Landesregierung des Landes Brandenburg diese Maßnahme entschieden hat und macht darauf aufmerksam, dass viele Bürgerinnen und Bürger, die mit den Corona-Maßnahmen einverstanden sind, sich aufgrund einiger Maskenverweigerer mehr Kontrollen gewünscht haben. In diesem Atemzug hat die Landesregierung den Kommunen versprochen, dass sich die Polizei an den Kontrollen beteiligen wird, wenn die Gemeinden ihren Bedarf erheben. Er informiert, dass auch die Stadt Eberswalde diesen Bedarf angemeldet hat und am Donnerstag, dem 01.10.2020 gemeinsame Kontrollen hinsichtlich der Einhaltung der Maskenpflicht mit dem Ordnungsamt der Stadt Eberswalde stattfinden werden und die Revierpolizei dabei ebenfalls in einem gewissen Anteil von der Bereitschaftspolizei unterstützt wird. Nichtsdestotrotz teilt Herr Starigk mit, dass die Gemeinden immer berechtigt sind im Rahmen der

Vollzugs- bzw. Amtshilfe an die Polizei heranzutreten und zu sagen, dass in der Stadt ein Schwerpunkt zu finden ist.

*- fragt, wie sich die aktuelle personelle Situation im Schutzbereich, insbesondere aber auch im Eberswalder Revier darstellt und teilt mit, dass er vor der Sitzung an die Verwaltungsspitze und den Fraktionsvorsitzenden eine Kopie eines Zeitungsartikels aus dem Jahre 2008 (**Anlage 8**) verteilt hat; seines Erachtens zeigt dieser, welche guten Zeiten es in der Vergangenheit hier in Eberswalde bezüglich der Polizeipräsenz gab; er bittet die Führung der Polizei und die beiden Landtagsabgeordneten im Hinblick auf die bald anstehenden Haushaltsdiskussionen für gewisse Schwerpunkte, wie z. B. Wohngebiete, die stark mit Migranten und Migrantinnen belegt sind, zu überlegen, den Weg zu gehen, mehr Polizeibeamte bzw. Revierpolizisten aufzustellen, um so präventiv schneller und besser agieren zu können; des Weiteren fragt Herr Zinn, wie sich die personelle Situation aus der Sicht von Herrn Starigk darstellt und wie künftig beabsichtigt wird, bestimmte personelle Defizite auszugleichen*

Herr Starigk merkt an, dass ein präventiver Ansatz immer eine gute Sache ist und dass nicht jede Lösung von der Polizei oder der Kommune herbeigeführt werden kann; er bezieht sich dabei auf den personellen Background, der nicht in der Verantwortung der Polizeiinspektion liegt. Darüber hinaus ist ebenfalls nicht aus den Augen zu verlieren, dass es auch auf das Bewerbungsverfahren ankommt und wer in folgedessen, alle Kriterien erfüllt und das Verfahren erfolgreich absolviert. Bei Anwärtinnen und Anwärtern der Polizei mit einem Migrationshintergrund spielt oft die Sprachbarriere eine große Rolle, die es ihnen nicht möglich macht, in der Polizei voll einzusteigen. Er teilt mit, dass in der Vergangenheit, gerade aus der Republik Polen, Personal gewonnen werden konnte, aber letztendlich die Möglichkeit Tschetschenen, Libanesen o. Ä. zu gewinnen ein ganz schweres Feld für die Polizeiinspektion Barnim darstellt. Des Weiteren teilt Herr Starigk zum Thema Personal mit, dass die Polizeiinspektion Barnim ein SOLL i. H. v. 220 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufweist und dass sich derzeit im IST 205 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befinden. Er macht darauf aufmerksam, dass die Zahlen Anfang 2017 deutlich schlechter waren und diese sich somit kontinuierlich verbessert haben. In der Stadt Eberswalde selbst hat Herr Starigk derzeit ein SOLL von 42 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wovon gegenwärtig vier nicht besetzt sind. Die Revierpolizei für den Oberbarnim umfasst 15 Stellen, die derweil auch alle besetzt sind, darüber hinaus aber einen Langzeitkranken umfassen. Im Niederbarnim besitzt die Polizeiinspektion Barnim 28 Stellen in der Revierpolizei, wovon aktuell 23 besetzt sind. Ferner teilt er mit, dass der Stellenplan der Polizeiinspektion Barnim nicht von ihm selbst, sondern einer Behörde entschieden wird und die Anzahl der Polizistenstellen demnach nicht in seiner Hand liegt.

TOP 8:

Informationen aus der Stadtverwaltung

8.1 Herr Boginski:

- dankt Herrn Kuhlitz und Herrn Starigk von der Polizeiinspektion Barnim für die gute, enge und kooperative Zusammenarbeit
- teilt mit, dass die Lage rund um die Corona-Pandemie im Landkreis Barnim, insbesondere in der Stadt Eberswalde, sehr ernst ist und der 7-Tage-Inzidenzwert mittlerweile bei über 50 liegt, was

- bedeutet, dass noch strengere Maßnahmen greifen werden; er informiert, dass seit Mittwoch, dem 28.10.2020, ständig Telefonkonferenzen mit dem Landrat des Landkreises Barnim und allen Bürgermeister/innen und Amtsdirektor/innen des Landkreises Barnim stattfinden; er informiert, dass die Landesregierung des Landes Brandenburg am morgigen Tag (30.10.2020) tagen und dann detaillierte Maßnahmen für das Land Brandenburg festlegen wird; ferner teilt er mit, dass an oberster Priorität steht, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung arbeitsfähig bleiben, wofür bestimmte Maßnahmen im Rathaus festgelegt wurden, wie z. B. die Maskenpflicht bei Verlassen des Arbeitsplatzes, die Ausweitung der Möglichkeit der mobilen Telearbeit und das Betreten des Rathauses nur nach vorheriger Terminabsprache; darüber hinaus informiert er, dass die Gremiensitzungen weiterhin durchgeführt werden und nun die Möglichkeit besteht, andere Formen als nur die Präsenzveranstaltung durchzuführen, wenn dies notwendig wird; nichtsdestotrotz teilt er mit, dass spürbar ist, dass trotz der Umstände weiterhin von vielen Stadtverordneten Präsenzveranstaltungen gewünscht werden; gleichwohl bittet er die Stadtverordneten die Sitzungen zeitlich nicht in die Länge zu ziehen und bietet an, dass allgemeine Fragen an die Stadtverwaltung vorab telefonisch gestellt werden, deren Beantwortung, sofern möglich, sofort erfolgen wird
- informiert, dass ab Montag, dem 02.11.2020, alle Veranstaltungen, die in Räumlichkeiten stattfinden sollen, bis auf weiteres abgesagt werden; bezüglich der Ehrenamtsauszeichnung teilt er mit, dass diese stattfinden wird, weil es sich hierbei um eine schöne aber auch wichtige Veranstaltung handelt und er froh ist, dass in Eberswalde Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler gerade in der aktuellen Zeit ihrer wesentlichen und wertvollen Arbeit nachgehen; die Durchführung dieser Veranstaltung findet unter Einhaltung der strengen Abstands- und Hygieneregeln statt
 - Herr Boginski informiert über Nachstehendes:
 - 09.11.2020, Gedenken an die Reichspogromnacht am Denkmal „Wachsen mit Erinnerung“
 - 06.12.2020, Gedenken an Amadeu Antonio
 - ferner informiert Herr Boginski, dass ab Montag, dem 02.11.2020, das Freizeitbad baff geschlossen wird und das weitere Vorgehen mit dem Eberswalder Zoo erst nach der Entscheidung der Landesregierung des Landes Brandenburg am kommenden Wochenende entschieden wird
 - informiert anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 9**) über den Verlauf und die Ergebnisse der Einwohnerversammlungen 2020
 - teilt die Ergebnisse der Zweckverbandssitzung des Zweckverbandes Region Finowkanal mit; u. a. wurde die Entwurfsplanung besprochen, verschiedene Vorträge gehalten, die Finanzierung beschlossen, ein EU-weites Vergabeverfahren für 2021/2022 auf den Weg gebracht und entschieden, dass der Zweckverband den europäischen REGIONALEN FÖRDERVEREIN (e RFV) e. V. für 2020/2021 beauftragen wird, das Schleusenregime in bewährter Form fortzuführen; darüber hinaus teilt Herr Boginski mit, dass eine Abschlussveranstaltung für die Kommunale Arbeitsgemeinschaft Region Finowkanal stattgefunden hat, da diese zum 31.12.2020 aufgelöst wird; rückblickend macht er deutlich, dass die Arbeit der KAG aus seiner Sicht sehr erfolgreich war; nichtsdestotrotz sind im Jahr 2020 einige Veranstaltungen – wie das Hafenfest – aufgrund der Corona-Pandemie ausgefallen, das insofern nicht verausgabte Geld der KAG wurde nun genutzt, um die Abschlussveranstaltung der KAG Region Finowkanal zu finanzieren, zu der ehemalige Protagonisten eingeladen wurden
 - teilt mit, dass der Vorstand und der Stiftungsbeirat der Stiftung WaldWelten getagt haben, wobei ein Bericht über die aktuellen Projekte vor allem das Forstschreiberhaus dargelegt wurde; er informiert,

dass der Tätigkeitsbericht krankheitsbedingt erst im nächsten Jahr 2021 in der Stadtverordnetenversammlung erfolgen wird

- informiert, dass die Einwohnerzahl der Stadt Eberswalde mit Datum vom 29.10.2020 bei 42.076 Einwohnerinnen und Einwohnern mit Hauptwohnsitz liegt und macht deutlich, dass sie vor einigen Jahren bei etwa 39.000 Einwohnerinnen und Einwohnern lag; die Einwohnerzahl bei Haupt- und Nebenwohnsitz liegt gegenwärtig bei 42.696 Einwohnerinnen und Einwohnern
- nimmt Bezug auf das Schreiben der Deutschen Bahn AG (**Anlage 10**), was vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt wurde und teilt mit, dass dies eine Stellungnahme der Deutschen Bahn AG zum Thema Zugverdichtungen ist
- darüber hinaus teilt er mit, dass am heutigen Tag (29.10.2020) eine telefonische Unterredung mit Herrn Prof.-Ing. Jörg Steinbach, Minister für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg, bezüglich der Schließung des Eberswalder Standortes der thyssenkrupp rothe erde Germany GmbH stattgefunden hat und informiert, dass der Minister noch keine entscheidenden Fortschritte machen konnte
- informiert, dass heute eine sehr schöne Initiative „Gute Orte für Eberswalde“ startet; diese Initiative wurde durch das Lokale Bündnis für Familie Eberswalde auf den Weg gebracht; er ist stolz darauf, dass sich nicht nur das Rathaus und das Paul-Wunderlich-Haus an dieser Initiative beteiligen, sondern auch einige regionale Geschäfte

8.2 Frau Fellner:

- teilt mit, dass am vergangenen Dienstag, dem 27.10.2020, eine interessante und spannende Jurysitzung für den Wettbewerb „Hortneubau Kyritzer Straße 17“ stattgefunden hat, hierbei wurden 15 Arbeiten in guter Qualität angeboten, die konstruktiv und kritisch diskutiert wurden und ein guter erster Preis prämiert werden konnte; die Preisverleihung findet vor Beginn des nächsten Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) am 06.11.2020 statt; hinsichtlich der Durchführung der Preisverleihung kann Frau Fellner noch keine genauen Angaben machen, weil bisher unklar ist, welche Corona-Maßnahmen gelten werden, hierzu werden sich alle Beteiligten in einer bereits terminierten Videokonferenz verständigen, über deren Ergebnisse Frau Fellner leider erst kurzfristig informieren wird; sie teilt mit, dass sie der Meinung wäre, den Termin mit so wenig Publikum wie möglich wahrzunehmen, die Preisverleihung zu filmen sowie eine Präsentation der Arbeiten und Erläuterungen der Preisträger im Internet zu veröffentlichen; des Weiteren teilt sie mit, dass sie noch nicht sagen kann, ob die geplante Anschlussveranstaltung, die im Dietrich-Bonhoeffer-Haus im Brandenburgischen Viertel geplant wurde, durchgeführt werden kann oder ob diese auch durch eine Präsentation im Internet ersetzt werden muss; teilt mit, dass der erste Fördermittelbescheid aus dem Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ vorliegt; Grundlage hierfür war, die gemeinsam entwickelte Kooperationsvereinbarung und der damit zusammenhängende Beschluss-Nr. 10/102/20 „Bestätigung des Verhandlungsergebnisses zur Kooperationsvereinbarung für die integrierte Ortsteilentwicklung im Brandenburgischen Viertel zwischen Wohnungsgenossenschaft Eberswalde 1893 eG, Stadt Eberswalde und Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung“, wobei die Stadt Eberswalde, die Förderung des Hortneubaus in der Kyritzer Straße 17 ebenfalls zur Vertragsbedingung gemacht hat; demzufolge wurden die Fördermittel für die Ausgaben i. H. v. von 4,2 Millionen Euro per Bescheid zugesagt
- ferner bittet Frau Fellner die Stadtverordneten, den im Sitzungskalender mit Sternchen beschlossenen Hauptausschuss am 10.12.2020 und den Hauptausschuss am 21.01.2021 fest einzuplanen, da sowohl das Bau- als auch das Verwaltungsdezernat in diesen Vergaben zu tätigen haben

8.3 Herr Berendt:

- teilt mit, dass der Jahresabschluss 2018 abgeschlossen und erstellt ist; dementsprechend alle notwendigen Erklärungen und Berichte vorliegen, sodass der Gremienlauf mit dem Rechnungsprüfungsausschuss am 24.11.2020 starten wird; er hofft, dass der Jahresabschluss 2018 in diesem Jahr beraten und verabschiedet wird
- informiert über die Ergebnisse und den Tarifabschluss 2020 für den öffentlichen Dienst und teilt mit, welche Auswirkungen diese für den städtischen Haushalt haben werden; es wurde durch die Tarifpartner verabredet, dass es eine Corona-Prämie für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes geben soll, die noch im aktuellen Haushaltsjahr 2020 ausgezahlt werden soll; dies bedeutet eine Mehrbelastung beim Personalaufwand in Höhe von 300 T€ für das Jahr 2020 und die Steigerung der Entgelte um 1,4 % zum 01.04.2021 stellt einen Mehrbedarf von ca. 500 T€ für das Haushaltsjahr 2021 dar; er informiert, dass bereits bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2020/2021 eine Lohnsteigerung um 1,5 % berücksichtigt wurde
- teilt mit, dass ein Videochatsystem in der Stadtverwaltung Eberswalde eingerichtet wurde und es Ansinnen ist, die Stadtverordneten ebenfalls an dieses System einzubinden; Ziel ist es, die Möglichkeit für die Fraktionen und die Ausschussvorsitzenden einzuräumen, dieses Videochatsystem zu nutzen; er führt aus, dass sie in den nächsten Tagen weitere Informationen erhalten werden; von den Organisatoren benötigt die Stadtverwaltung dann eine Nutzungsvereinbarung; weitere Dokumente, die für die Nutzung dieses Systems immer wieder erforderlich sind; Datenschutzerklärung, Einwilligungserklärung u. Ä. werden elektronisch so hinterlegt, dass sie dort immer abrufbar sind, sodass das Gesamtverfahren auch für die Stadtverordneten komfortabel ist und dass diese interfraktionell oder im Austausch mit der Verwaltungsspitze Gelegenheit haben werden per Videochat in Verbindung zu treten
- teilt mit, dass sich die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen (AWF) darauf verständigt haben, dass der Sitzungstermin vom 15.06.2021 auf den 07.06.2021 vorverlegt wird und informiert, dass Herr Wrase hinwies, dass es sich bei dem 09.11.2021 um den Gedenktag an die Reichspogromnacht handelt und hier zu Ehren immer eine Gedenkveranstaltung stattfindet, aus diesem Grund hat sich die Verwaltungsspitze dazu entschieden, dass der AWF am 09.11.2021 um 19:00 Uhr statt um 18:15 Uhr beginnen wird, damit es jedermann möglich ist, an dieser Gedenkveranstaltung teilzunehmen

TOP 9:

Informationsvorlagen

TOP 9.1:

Vorlage: I/0013/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 65 –Tiefbauamt

10. Vergabebericht der Stadt Eberswalde für das Jahr 2019

Herr Zinn teilt mit, dass er zum einen den Vergabebericht und zum anderen den Kontrollbericht des Rechnungsprüfungsamtes zur Kenntnis genommen hat und kritisiert, dass dieser Kontrollbericht nicht an die Stadtverordneten übersandt wird und macht deutlich, dass er sich zukünftig wünschen würde, dass ein Auszug dieses Kontrollergebnisses bezüglich der Vergaben gemeinsam mit dem Vergabebericht an alle Stadtverordneten übersandt wird. Er führt aus, dass dieser Kontrollbericht seines Erachtens aussagt, dass immer wieder Verhaltensauffälligkeiten bei neuen, aber auch erfah-

renen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung Eberswalde zu erkennen sind.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den anliegenden 10. Vergabebericht der Stadt Eberswalde für das Jahr 2019 zur Kenntnis.

TOP 9.2:

Vorlage: I/0015/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 01.2 – Referat für participationsverwaltung

Beteiligungsbericht der Stadt Eberswalde zum 31.12.2019

Herr Zinn bezieht sich auf eine Berichterstattung aus der Märkischen Oderzeitung in der heutigen Ausgabe vom 29.10.2020 und teilt mit, dass er im Ergebnis der Beobachtung des AWF am 26.10.2020 einige sachliche Dinge anmerken möchte. Zum einen bezieht er sich auf die ersten Seiten des vorliegenden Beteiligungsberichtes, die die Technischen Werke Eberswalde GmbH thematisieren, wo seines Erachtens dargestellt wird, dass viel investiert werden muss. Darauf bezogen weist er hin, dass seines Erachtens dafür Sorge zu tragen ist – gerade aus der Sicht der Pandemie – dass die Terrasse des Hauses am Finowkanal wieder voll umfänglich genutzt werden kann und diese Aufgabe nicht einfach dem Pächter übertragen wird, zumal im Beteiligungsbericht steht, dass der Miet-/ bzw. Pachtvertrag für das Haus am Finowkanal in 2019 neu verhandelt und an die ortsüblichen Gewerbemietkonditionen angepasst wurde. Des Weiteren bezieht er sich auf das Bistro, was derzeit nicht betrieben wird und bittet, den Betrieb wieder in den Fokus zu nehmen, weil immer wieder kommuniziert wird, dass im Laufe der Jahre das Lokal mit viel Verschleiß zu kämpfen hat. Ferner teilt er mit, dass auf Seite 7 des vorliegenden Beteiligungsberichtes unter der Überschrift „Umsätze“ vom Kalenderjahr 2018 gesprochen wird und er sich sicher ist, dass es wohl nicht möglich sei, soweit in die Zukunft zu blicken und er sicher ist, dass es sich hierbei um einen Schreibfehler handelt. Darüber hinaus macht er darauf aufmerksam, dass es bemerkenswert ist, dass man mit Hilfe des Beteiligungsberichtes gleich zum Kreistagsabgeordneten gemacht wird und bezieht sich dabei auf Seite 44 auf den Namen Werner Voigt, der dort als Kreistagsmitglied des Landkreises Barnim bezeichnet wird, aber eigentlich die Bezeichnung sachkundiger Dritter tragen sollte.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde nimmt den Beteiligungsbericht der Stadt Eberswalde zum 31.12.2019 zur Kenntnis.

Es wird eine 10 minütige Pause eingelegt.

TOP 10:

Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Stadtverordneten sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

TOP 10.1:

Anfrage: AF/0062/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Fraktion SPD | BFE

Umsetzung Änderungsantrag zur BV/0070/2019 - Zusätzliche Stellen im Stadtmarketing

Herr Dr. Werdermann teilt mit, dass diese Stelle öffentlich ausgeschrieben wurde, demzufolge gab es ein Stellenbesetzungsverfahren und einige Bewerbungsgespräche mit verschiedenen Kandidaten, an denen auch Herr Lenke als Personalrat beteiligt worden ist und unter Berücksichtigung aller Formalien wurde im Anschluss die beste Kandidatin für diese Stelle ausgewählt.

TOP 10.2:

Anfrage: AF/0063/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Fraktion CDU

BV/0070/2019 Haushaltssatzung 2020/2021 - Änderungsantrag Personalstelle im Referat für Wirtschaftsförderung

Herr Prof. Dr. König nimmt die Beantwortung wie folgt vor:

zur Frage 1:

Herr Prof. Dr. König teilt mit, dass für das Referat für Wirtschaftsförderung drei Personalstellen geplant sind, zum einen die Stelle des Referenten/der Referentin und zusätzlich zwei weitere Sachbearbeiterstellen. Er informiert, dass die Stelle der Referent/in am Anfang dieses Jahres öffentlich ausgeschrieben wurde und sich im Bewerberpool 16 Personen befunden haben, die die formalen Qualifikationen erfüllt haben. Es wurden nach eingehender Prüfung vier Bewerbungsgespräche geführt, die seine Vorstellungen jedoch nicht vollständig erfüllen konnten. Aus diesem Grund wurde das weitere Bewerbungsverfahren rund um die Referentenstelle abgebrochen. Nichtsdestotrotz konnte eine Sachbearbeiterstelle für das Referat für Wirtschaftsförderung besetzt werden. Ferner teilt Herr Prof. Dr. König mit, dass die Ausschreibungen der anderen beiden Stellen vorerst pausieren, damit sichergestellt werden kann, dass eine ordnungsgemäße und gute Einarbeitung der Sachbearbeiterin erfolgen und darüber hinaus geschaut werden kann, wie die anderen beiden Stellen inhaltlich aufgeteilt werden können. Die Bewerbungsgespräche konnten aufgrund der Corona-Pandemie erst im April erfolgen und zusätzlich befand sich die Kandidatin vorher in Beschäftigung. Demnach konnte die Stelle erst im August besetzt werden. Des Weiteren teilt er mit, dass in den letzten drei Monaten intensiv mit der neuen Sachbearbeiterin über die Verteilung der Aufgaben und die weitere Entwicklung des Referates gesprochen wurde.

zur Frage 2:

Die weiteren Stellen werden im November 2020 erneut ausgeschrieben und die Vorbereitungen für die Stellenbesetzung werden derzeit getroffen, was so viel bedeutet, dass die Stellenbeschreibungen zeitnah im Personalrat bzw. im Personalamt vorliegen werden.

zur Frage 3:

Herr Prof. Dr. König teilt mit, dass einige Aufgaben derzeit heruntergefahren worden sind und es sowohl seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, als auch Herrn Boginski und auch ihm sehr wichtig ist, immer einen sehr direkten Kontakt zur Wirtschaft zu haben, was immer anhand der Unternehmensbesuche gut gelungen ist. Diese können aufgrund der Corona-Pandemie derzeit nicht stattfinden und wurden folglich heruntergefahren. Nichtsdestotrotz stehen sie weiterhin telefonisch mit den Unternehmen in Kontakt, was bedeutet, dass die Aufgaben einfach anders verteilt worden sind. Seines Erachtens kommt das Referat derzeit auch mit einer Mitarbeiterin klar, sodass eine Aufgabenteilung in andere Ämter nicht notwendig ist.

Abschließend teilt er mit, dass er optimistisch ist, dass Anfang des neuen Jahres das Referat für Wirtschaftsförderung mit allen drei planmäßigen Stellen besetzt sein wird und dann alle Aufgaben wieder im vollen Umfang erfüllen können.

TOP 10.3:

Anfrage: AF/0064/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Fraktion CDU

BV/0070/2019 Haushaltssatzung 2020/2021 – Änderungsantrag "Städtebauliche Klimaschutzrichtlinien"

Frau Fellner nimmt die Beantwortung wie folgt vor:

zur Frage 1:

Der Bearbeitungsstand ist, dass im ersten Halbjahr 2020 unter Corona-Bedingungen eine differenzierte Aufgabenbeschreibung erarbeitet, im Juni 2020 das Vergabeverfahren gestartet und im September 2020 die Auftragserteilung an die UmweltPlan GmbH Stralsund erfolgt ist. Frau Fellner informiert, dass wir konkret dabei sind, die Erarbeitung zu beginnen und hoffen, dass im April 2021 die Erarbeitung abgeschlossen werden kann. Bezüglich der inhaltlichen Schwerpunkte teilt Frau Fellner mit, dass es Ziel ist, eine Arbeitsgrundlage zu erstellen, welche zum einen auf planerischer Ebene die wesentlichen Weichen für mehr Klimaschutz stellt und damit eine nachhaltige Stadtentwicklung in Eberswalde fördert, zum anderen werden Grundsätze für eigene kommunale Bau- und Sanierungsvorhaben formuliert, um so der Vorbildwirkung als Stadtverwaltung gemeinsam im Baubereich nachzukommen. Die Klimaschutzrichtlinien sollen auch Grundlage für alle städtischen Planungen werden, umso stärkeren Einfluss auf das übergeordnete Ziel der CO₂-Reduktion nehmen zu können. Die Grobgliederung wird so aussehen: Punkt 1 - Zielsetzung der Rahmenbedingungen, Punkt 2 - Erarbeitung eines Überblickes zu Instrumenten und Möglichkeiten der klimagerechten Stadtplanung – wo es einerseits um die informellen Planungen, wie z. B. energetische Konzepte, städtebauliche Entwürfe, Machbarkeitsstudien und Wettbewerbe und andererseits um die formellen Planungen, die vorbereiteten und verbindlichen Bauleitplanungen in privatrechtlichen Verträgen und die Möglichkeit in ungeplanten Innenbereichen – , Punkt 3 - Erarbeitung von Kriterien für städtebauliche Planungen in Eberswalde – dort geht es um die Grundsätze und Kriterien zu solchen Planungen – , Punkt 4 - Erarbeitung der Grundsätze kommunaler Bau- und Sanierungsvorhaben, wobei die guten und bereits vorliegenden Beispiele ausgewertet werden, wie z. B. den Leitfaden „Nachhaltiges Bauen“ des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat sowie die entsprechenden BNB-Bewertungssysteme, wo dann geschaut wird, welche von diesen Bewertungssystemen die Verwaltung dann

übernehmen kann und unter Punkt 5 - der Überschrift Klimacheck, wo eine Liste aller Möglichkeiten klimagerechter Stadtplanung und umweltfreundliches Bauen überprüft und Umsetzungen vorgeschlagen werden. Dabei macht Frau Fellner darauf aufmerksam, dass auf den vorliegenden Beschlussvorlagen nunmehr die Auswirkungen auf das Klima Berücksichtigung finden und ggf. eine Prüfung durch das Klimamanagement erfolgen muss.

zur Frage 2:

Die Erarbeitung der Klimaschutzrichtlinien sollen im Dialog mit den Stadtverordneten erfolgen, wofür zwei verschiedene Dialogveranstaltungen im Januar und März 2021 geplant sind, um dann in diesem partizipativen Arbeitsprozess mit den Stadtverordneten die projektrelevanten Themen festlegen zu können. Wie diese Dialogveranstaltungen durchgeführt werden, kann sie angesichts der Corona-Pandemie derzeit noch nicht sagen. Darüber hinaus teilt sie mit, im Anschluss an diese beiden Dialogveranstaltungen den Bearbeitungsstand im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU), voraussichtlich im April 2021, darzustellen, um dann im Anschluss die Städtebaulichen Klimaschutzrichtlinien zur Beschlussfassung vorzulegen.

TOP 10.4:

Anfrage: AF/0065/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Straßenreinigung auf Kopfsteinpflasterstraßen

Frau Fellner nimmt die Beantwortung wie folgt vor:

zur Frage 1:

Laut Straßenreinigungssatzung der Stadt Eberswalde werden alle Straßen der Reinigungszone II und III – diese umfasst 19 Straßen im Stadtgebiet – wöchentlich gereinigt.

zur Frage 2:

Im gewissen Umfang werden die Fugen durch das Kehren mit der Maschine ausgefegt. Demzufolge wird nach einiger Zeit ein Pflegen der Straße – in Form von neuer Einsandung – notwendig. Bei neu angelegten Pflasterstraßen wird in der ersten Zeit keine maschinelle Reinigung durchgeführt, sodass sich das Fugenmaterial setzen kann.

zur Frage 3:

Der Bauhof der Stadt Eberswalde teilt mit, dass derzeit keine Alternative für die Straßenreinigung besteht, da diese überwiegend stark verkehrbelastet sind und eine manuelle Reinigung durch die Mitarbeiter des Bauhofes oder die Eigentümer nicht zumutbar ist. Demzufolge ist davon auszugehen, dass die Form und die Reinigungsintervalle vorerst bestehen bleiben.

10.5 Herr Jede:

- teilt mit, dass ab dem 30.10.2020 auf dem Parkplatz der alten Chemischen Fabrik ein Rummel stattfinden wird und die Schausteller mitgeteilt haben, dass diese einen Pachtvertrag bis zum 08.11.2020 mit der Stadt Eberswalde abgeschlossen haben; da nunmehr ab dem 02.11.2020 die verschärften Corona-Maßnahmen zum Tragen kommen, möchte Herr Jede wissen, ob die Schausteller ein Teil der Pacht erstattet bekommen oder wie die Verwaltung gedenkt, mit diesem Sachverhalt umzugehen

Frau Fellner teilt mit, dass vor einigen Wochen eine Abstimmung mit dem Landkreis Barnim erfolgt

ist, inwieweit die Stadtverwaltung ihre Flächen für solche Veranstaltungen noch vermieten bzw. verpachten darf. Die Aussage des Landkreises besagte, dass eine weitere Vermietung bzw. Verpachtung erfolgen kann und dass der Veranstalter selbst für ein Hygienekonzept verantwortlich ist. Aufgrund der fortschreitenden Entwicklung hat sich die Stadtverwaltung vorerst entschieden, bis Jahresende keine weiteren Pachtverträge abzuschließen. Nichtsdestotrotz weist Frau Fellner darauf hin, dass Verträge oftmals Wochen bzw. Monate vorher abgeschlossen werden. Natürlich stellt dies nun eine unglückliche Situation dar und dementsprechend ist die Verwaltung aufgeschlossen, eine einvernehmliche Lösung herbeizuführen, sofern die Veranstalter auf sie zukommen.

- informiert, dass ihn ein Schreiben eines Einwohners erreicht hat, in dem dieser mitteilt, dass auf der Bergerstraße die Verkehrsbeschilderung geändert wurde; ebenso teilt er mit, dass er vor einigen Wochen erfahren hat, dass das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt nun in Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Oder-Havel umbenannt wurde; darauf bezogen wurden zwei neue Schilder aufgestellt, wobei seines Erachtens diese vom städtischen Bauhof aufgestellt wurden; aus diesem Grund möchte er wissen, ob das Aufstellen der Schilder durch das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Oder-Havel, als Bundesbehörde bezahlt wird; er macht deutlich, dass es seiner Meinung nach nicht sinnvoll ist, solche Schilder neu aufzustellen, weil es für die Einwohner- und Anliegerschaft als unwichtig wahrgenommen wird, dass eine solche Umbenennung erfolgt ist; er merkt an, dass es sich seines Erachtens nach um Verschwendung von Steuergeldern handelt

Diesbezüglich teilt Frau Fellner mit, dass sie nachfragen wird, auf wessen Initiative diese Beschilderung erfolgt ist und sichert ihm zu, dass eine schriftliche Beantwortung erfolgen wird.

10.6 Herr Dietterle:

- bezieht sich auf die Bäume an der Altenhofer Straße außerhalb von Finow in Richtung Lichterfelde, insbesondere auf der linken Straßenseite, wo der Radweg angelegt wurde und teilt mit, dass er in der Barnimer Bürgerpost einen Artikel gelesen hat, in dem berichtet wurde, dass die Birken, die dort gepflanzt wurden, allesamt gerodet und durch Baumhasel ersetzt werden sollen; nun hat er sich vor Ort einen Überblick verschafft und hat festgestellt, dass bei diesen Bäumen eine ganze Reihe Baumhasel und eine Reihe von Birken in einem seines Erachtens recht guten Zustand stehen und nur wenige einen scheinbar schlechten Zustand aufweisen; er führt aus, dass nach seinem laienhaften Verständnis diese Birken in einem guten Zustand sind und möchte wissen, ob die Entscheidung über die Rodung bereits getroffen wurde; ferner teilt er mit, dass er bereits telefonischen Kontakt mit dem Tiefbauamt der Stadt Eberswalde hatte, jedoch dessen Antworten ihm sehr widersprüchlich erscheinen

Frau Fellner teilt mit, dass sie das Tiefbauamt beauftragen wird, diese Frage schriftlich zu beantworten.

10.7 Herr Zinn:

- in Reflektion auf die Anfrage AF/0063/2020 „BV/0070/2019 Haushaltssatzung 2020/2021 - Änderungsantrag Personalstelle im Referat für Wirtschaftsförderung“ der CDU-Fraktion bittet Herr Zinn, dass auch, wenn man die Personalstellen nur teilweise besetzen konnte, die vorhandene Mitarbeiterin im Internet ausgewiesen wird, um so auf der Internetseite der Stadt Eberswalde im Organi-

- gramm nicht mehr „n. n.“ stehen zu haben, da dies seines Erachtens nach außen keinen guten Eindruck macht und man sich überlegen sollte, wie man dies anders gestalten könnte
- teilt mit, dass im AWF am 26.10.2020 die Vorstellung des Referates für Organisationsentwicklung und Digitalisierung erfolgt ist und möchte wissen, ob noch geplant ist, dieses in den verschiedenen Ämtern der Stadtverwaltung vorzustellen
 - des Weiteren teilt er mit, dass er verschiedene Hinweise bekommt, dass ein gewisser Eingruppierungsstau bei den städtischen Mitarbeitern existieren soll und er dies als nicht besonders gut für die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sieht und appelliert an die Stadtverwaltung, dass sie die Kritik an der Personalentwicklung ernst nehmen soll und er nochmals daran erinnern möchte, dass noch viele unbesetzte Stellen in der Stadtverwaltung zu finden sind; ferner betrachtet er es als notwendig, dass auch die Stadtpolitik sich mit dieser Thematik auseinandersetzt bzw. der Bürgermeister sich der Frage stellt, wie weiter mit diesem Thema umgegangen werden soll
 - bezieht sich auf die Präsentation der Ergebnisse der Einwohnerfragestunde unter TOP 8.1 der heutigen Sitzung und verweist dabei auf die Hauptsatzung der Stadt Eberswalde und betont, dass in dieser kein Wort zu Online-Einwohnerversammlungen bzw. zu Hybridveranstaltungen zu finden ist und dass, wenn diese dennoch durchgeführt werden, diese auch untermauert werden müssen bzw. sie handfest machen, damit sich am Ende nicht nur für digitale Einwohnerversammlungen entschieden werden kann; des Weiteren merkt er an, dass er die Kritik unter TOP 6.2 der öffentlichen Niederschrift der StVV vom 24.09.2020 von mehreren Seiten hört, die ihm sagen, dass sie kein Internet besitzen und demzufolge nicht die Möglichkeit haben solche Onlineveranstaltungen zu verfolgen; er geht davon aus, dass wir nächstes Jahr zu dieser Zeit noch immer die Problematik mit der Corona-Pandemie haben und dementsprechend auch andere Möglichkeiten gefunden werden müssen
 - fragt, ob seine Annahme richtig ist, dass beide Seniorenveranstaltungen am 02. und 05.11.2020 aufgrund der verschärften Covid-19-Bestimmungen ersatzlos abgesagt wurden

Herr Boginski teilt mit, dass beide Seniorenveranstaltungen ersatzlos ausfallen.

10.8 Herr Banaskiewicz:

- teilt mit, dass er bereits im AWF am 26.10.2020 die gegenwärtigen Öffnungszeiten der Hauptpostfiliale in der Eisenbahnstraße bemängelt hatte und konkretisiert diese wie folgt:
Die Filiale der Postbank in der Eisenbahnstraße (ehemaliges Hauptpostamt) bot während der Corona-Pandemie teilweise eingeschränkte Öffnungszeiten, die für Kundinnen und Kunden nur schwer nachzuvollziehen waren und so willkürlich vormittags oder nachmittags Öffnungszeiten weggefallen sind. Dabei sollte beachtet werden, dass bestimmte Leistungen, insbesondere der Paketversand und -empfang sowie die Bank- und Geldgeschäfte nicht von anderen Anbietern erbracht werden können. Demzufolge mussten Kundinnen und Kunden oftmals mehrere Versuche unternehmen, um die gewünschten Dienstleistungen zu erhalten. Die Frage ist nun, ob die Stadtverwaltung Möglichkeiten hat, auf diese Öffnungszeiten Einfluss zu nehmen, um die Situation für die Einwohnerinnen und Einwohner in der Stadt Eberswalde zu verbessern.

Herr Prof. Dr. König teilt mit, dass, sofern der Anbieter nicht gegen das Brandenburgische Ladenöffnungsgesetz verstößt, für die Stadtverwaltung keine Möglichkeiten existieren, um auf die Öffnungszeiten der Postfiliale Einfluss zu nehmen. Sofern also kein Verstoß vorliegt, können die An-

bieter ihre Öffnungszeiten so gestalten, wie sie es für richtig halten. Herr Prof. Dr. König bietet an, dem Betreiber das Ansinnen im Rahmen einer Bitte zu übermitteln, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass er keinen Einfluss darauf hat, ob der Betreiber dies umsetzen wird.

10.9 Herr Trieloff:

- fragt, wie sich die neuen Covid-19-Bestimmungen auf die Fraktionssitzungen auswirken bzw. ob Ausnahmeregelungen für die Politik existieren und teilt mit, dass laut seiner Interpretation nicht mehr als zehn Personen, aus zwei verschiedenen Haushalten an einer Veranstaltung teilnehmen dürfen, was seines Erachtens hieße, dass keine Fraktionssitzungen stattfinden dürften

Herr Boginski teilt mit, dass die politischen Gremien in keinster Weise beeinträchtigt werden und weiterhin ihrer politischen Arbeit unter Beachtung der geltenden Hygiene- und Abstandsregeln nachgehen können.

TOP 11:

Informationen aus bzw. zu den Ausschüssen

ASWU am 06.10.2020:

Herr Dr. Mai, Vorsitzender, informiert über die behandelten Themen, Informationsvorlagen und Beschlussvorlagen.

AKSI am 07.10.2020:

Herr Prof. Dr. Creutziger, Vorsitzender, berichtet über die behandelten Themen und Beschlussvorlagen.

ABJS am 09.10.2020:

Herr Landmann, Vorsitzender, informiert über die behandelten Themen und die behandelte Beschlussvorlage.

AWF am 26.10.2020:

Herr Passoke, Vorsitzender, berichtet über die behandelten Themen und Beschlussvorlagen.

HA am 27.10.2020:

Herr Herrmann, Vorsitzender, informiert über die behandelten Themen, die behandelten Informationsvorlagen und die behandelten Beschlussvorlagen.

Frau Parys verlässt um den Sitzungssaal um 20:20 Uhr **(34 Stimmberechtigte anwesend)**.

TOP 12:

Ab- und Berufung von sachkundigen Einwohner/innen

Herr Hoeck teilt mit, dass die Fraktion Bündnis Eberswalde vorschlägt, Herrn Michael Franz als sachkundigen Einwohner aus dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport abzuberaufen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Des Weiteren teilt Herr Hoeck mit, dass die Fraktion Bündnis Eberswalde vorschlägt, Herrn Martin Knoll als sachkundigen Einwohner in den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zu berufen.
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Darüber hinaus teilt Herr Hoeck mit, dass die Fraktion Bündnis Eberswalde vorschlägt, Herrn Ronny Hiekel als sachkundigen Einwohner aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt abzu berufen.
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Weiterhin teilt Herr Hoeck mit, dass die Fraktion Bündnis Eberswalde vorschlägt, Herrn Matthias Kluge als sachkundigen Einwohner in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt zu berufen.
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Ferner teilt Herr Hoeck mit, dass die Fraktion Bündnis Eberswalde vorschlägt, Herrn Matthias Kluge als sachkundigen Einwohner aus dem Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen abzu berufen.
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Weiterhin teilt Herr Hoeck mit, dass die Fraktion Bündnis Eberswalde vorschlägt, Herrn Michael Franz als sachkundigen Einwohner in den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen zu berufen.
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 14/143/20

Die Stadtverordnetenversammlung beruft Herrn Michael Franz als sachkundigen Einwohner aus dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport ab und beruft Herrn Martin Knoll als sachkundigen Einwohner in den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport.

Die Stadtverordnetenversammlung beruft Herrn Ronny Hiekel als sachkundigen Einwohner aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt ab und beruft Herrn Matthias Kluge als sachkundigen Einwohner in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt.

Die Stadtverordnetenversammlung beruft Herrn Matthias Kluge als sachkundigen Einwohner aus dem Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen ab und beruft Herrn Michael Franz als sachkundigen Einwohner in den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen.

TOP 13:

Genehmigung von Eilentscheidungen

Es liegen keine Eilentscheidungen vor.

TOP 14:

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 14.1:

Vorlage: BV/0273/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 67 – Bauhof

5. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Eberswalde über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung von öffentlichen Straßen (Straßenreinigungsgebührensatzung)

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 14/144/20

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage beigefügte 5. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Eberswalde über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung von öffentlichen Straßen (Straßenreinigungsgebührensatzung).

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Plankalkulation 2021/2022 (Straßenreinigung und Winterdienst) sowie die Betriebsabrechnungen 2018 und 2019 (Straßenreinigung und Winterdienst) zustimmend zur Kenntnis.

TOP 14.2:

Vorlage: BV/0274/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 65 –Tiefbauamt

4. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung der Stadt Eberswalde für die Niederschlagswasserbeseitigung

Herr Weingardt teilt mit, dass ihm bei der Akteneinsicht zur Beschlussvorlage aufgefallen ist, dass in der vorläufigen Version, die sich in der Akte befindet, das Datum des § 13 laufend fortgeschrieben wurde und er vermutet, dass dies bereits seit mehreren Jahren so gehandhabt wird. Dabei hat eine Stichprobe ergeben, dass dies auch bei anderen Satzungen der Stadt Eberswalde, die auf der Internetseite heruntergeladen werden können, zu finden ist. Das heißt, dass bei der vorliegenden Beschlussvorlage in Artikel 2 „Inkrafttreten“ ein Datum aufgeführt ist, welches mit dieser Beschlussvorlage auch beschlossen wird, merkt aber an, dass sich seiner Ansicht nach das Datum des Inkrafttretens der Ursprungssatzung nicht ändert, welches aber immer wieder fortgeschrieben wurde. Seines Erachtens existiert dieser Fehler nicht in der amtlichen Fassung, sondern ausschließlich in den Online-Versionen. Er bittet die Verwaltung, diesen Sachverhalt zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Frau Parys nimmt ab 20:25 Uhr wieder an der Sitzung teil (**35 Stimmberechtigte anwesend**).

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 14/145/20

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage 1 beigefügte 4. Satzung zur Änderung

der Gebührensatzung der Stadt Eberswalde für die Niederschlagswasserbeseitigung. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Plankalkulation 2021/2022 sowie die Betriebsabrechnungen 2018 und 2019 zustimmend zur Kenntnis.

TOP 14.3:

Vorlage: BV/0267/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 02.21 – Referat für soziale Teilhabe und
Integration

Richtlinie zur Gewährung des Bernauer und Eberswalder Stadtpasses

Herr Hoeck teilt mit, dass eine vom Einreicher der Beschlussvorlage eingereichte erste Austauschseite an alle Stadtverordneten vorab übersandt wurde. Des Weiteren eine zweite Austauschseite vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt wurde (**Anlage 11**).

Herr Zinn teilt mit, dass wie er bereits bei der 1. Lesung unter TOP 14.2 der öffentlichen Sitzung der StVV am 24.09.2020 zur Kenntnis gegeben hat, bei Punkt 3 Antragstellung der vorliegenden Richtlinie noch immer als Bedingung steht, dass dieser Antrag in schriftlicher Form eingereicht werden muss. Seiner Meinung nach sollte, wenn die Städte beabsichtigen, dass diese Richtlinie auch genutzt wird, die Ausstellung des Eberswalde-Passes wie bisher auf Vorzeigen des Leistungsbescheides erfolgen. Da aufgrund der derzeitigen Covid-19-Bestimmungen bereits einige Hürden zu überwinden sind – z. B. die vorherige telefonische Terminvereinbarung – sollte die Ausstellung einfach und unkompliziert vonstattengehen. Nichtsdestotrotz teilt er mit, dass er froh darüber ist, dass der Eberswalde-Pass nach vielen Jahren nun in Checkkartenformat ausgegeben wird. Ferner teilt Herr Zinn mit, dass er sich an dieser Abstimmung nicht beteiligen wird, weil es seines Erachtens noch einige Dinge gibt, die einer Überarbeitung bedürfen, weil diese an den Zielgruppen vorbeizugehen scheinen. Des Weiteren merkt er an, dass der Landtag des Landes Brandenburg sich derzeit in den Haushaltsdebatten befindet und dabei thematisiert wird, dass Leistungskürzungen im Bereich der Ehrenamtsagenturen und der Mobilität für Ehrenämter geplant werden und bittet die beiden Stadtverordneten, die ebenfalls als Landtagsabgeordnete fungieren, aktiv Stellung zu beziehen und zu kommunizieren, dass wir als Stadt solche Leistungen freiwillig auch aus eigenen Haushaltsmitteln finanzieren können, aber nicht sicher ist, wie lange dies ohne Zuschüsse des Landes funktionieren wird.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 14/146/20

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die „Richtlinie für die Gewährung des Bernauer und Eberswalder Stadtpasses“.

TOP 14.4:

Vorlage: BV/0281/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 61 – Stadtentwicklungsamt

„Mobil in Eberswalde“ - Mobilitätsplan 2030+

Herr Hoeck teilt mit, dass eine vom Einreicher der Beschlussvorlage eingereichte Austauschseite allen Stadtverordneten übersandt wurde. Des Weiteren teilt Herr Hoeck mit, dass eine weitere Austauschseite vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt wurde (**Anlage 12**).

Herr Zinn möchte wissen, ob eine offizielle Stellungnahme der Referentin für Generationen und Familie, Gleichstellungsbeauftragte und Behindertenbeauftragte und eine offizielle Positionierung des Seniorenbeirates der Stadt Eberswalde zur Beschlussvorlage vorliegen. Des Weiteren teilt er mit, dass ihm einige Fragen zugetragen wurden, inwieweit der „Mobilitätsplan 2030+“ diese Interessen berücksichtigt. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass gegenwärtig immer Konzeptionen in einem weiten Kalenderzeitraum verabschiedet werden. Diesbezüglich bittet er, dass die zuständigen Ausschussvorsitzenden diese Konzeptionen in ihren Arbeitsplänen mit berücksichtigen, so dass, zu einem späteren Zeitpunkt, für solche Konzepte, Fördermittel akquiriert werden, diese nochmals thematisiert und somit nicht in Vergessenheit geraten können.

Frau Fellner teilt mit, dass sich die Beteiligung der Referentin für Generationen und Familie, Gleichstellungsbeauftragte und Behindertenbeauftragte aus der Seite 2 der vorliegenden Beschlussvorlage ergibt, wo in den finanziellen Auswirkungen das Kästchen „Abstimmung mit Behindertenbeauftragten“ mit Ja gekennzeichnet und von dieser auch unterschrieben wurde. Des Weiteren teilt sie mit, dass der Seniorenbeirat der Stadt Eberswalde sehr aktiv an allen Beteiligungsformen zur Entwicklung des „Mobilitätsplan 2030+“ mitgewirkt hat.

TOP 14.5:

Vorlage: BV/0275/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 61 – Stadtentwicklungsamt

Wegenetzkonzept für das Brandenburgische Viertel in Eberswalde

Herr Zinn teilt mit, dass unter Berücksichtigung der besonderen Umstände einiges an Bürgerbeteiligung durch die Verwaltung möglich gemacht wurde. Bezüglich der Anlage der Beschlussvorlage kritisiert er, dass die Schriftgröße in der Übersichtstabelle zu klein und ohne Brille kaum lesbar ist. Er bittet die Verwaltung und bezieht sich dabei auf die ihm oft zugetragenen Fragen zum Thema Wasserspielplatz auf dem Potsdamer Platz gemeinsam mit dem Quartiersmanagement zu überlegen, wie man die Bevölkerung über größere geplante Projekte und deren Sachstand informieren kann. Darüber hinaus teilt er mit, dass er vorab bereits eine E-Mail an die Amtsleiterin des Stadtentwicklungsamtes übersandt hat mit der Bitte, auf der Höhe der Potsdamer Allee 57, wo derweil auch wieder der Obus verkehrt, einen Zebrastreifen anzubringen. Dieser sei seines Erachtens notwendig, weil hier die Wohnverbände der Geflüchteten sind und vor Ort viele Kleinkinder auf der Straße sind, die oft auf die andere Straßenseite zum Märkischen Park möchten. Ferner teilt er mit, dass er sich

diesbezüglich bereits an die Untere Verkehrsbehörde des Landkreises Barnim gewendet habe, diese ihm aber mitgeteilt hat, dass dies in der Zuständigkeit der Stadt Eberswalde liegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 14/147/20

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das Wegenetzkonzept für das Brandenburgische Viertel in Eberswalde.

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des Konzeptes für die Verbesserung des Wegenetzes im Brandenburgischen Viertel, Fördermittel zu akquirieren und die Maßnahmen schrittweise umzusetzen.

TOP 14.6:

Vorlage: BV/0285/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Fraktion Die PARTEI Alternative für
Umwelt und Natur

Stadtteilentwicklungskonzept für die Clara-Zetkin-Siedlung

Herr Hoeck teilt mit, dass der Einreicher der Beschlussvorlage mitgeteilt hat, dass Herr Zinn Miteinreicher der Beschlussvorlage ist. Des Weiteren teilt Herr Hoeck mit, dass eine Austauschvorlage seitens der Einreicher an alle Stadtverordneten übersandt wurde.

Herr Dietterle beantragt im Namen der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur eine namentliche Abstimmung.

Herr Jede beantragt im Namen der Fraktion Bündnis Eberswalde eine 5-minütige Auszeit.

Die 5-minütige Auszeit wird vorgenommen.

Im Fazit der Diskussion wurden die Einreicher der Beschlussvorlage von einigen Fraktionen gebeten, die Überarbeitung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (INSEK) abzuwarten. Darüber hinaus wurde der Hinweis gegeben, dass die Einreicher sich sowohl an der Überarbeitung beteiligen sowie durch Änderungsanträge bei der Beschlussfassung die Bedürfnisse und Wünsche der Einwohnerschaft der Clara-Zetkin-Siedlung in das INSEK integrieren können. Des Weiteren wurde festgehalten, dass es sich bei der Clara-Zetkin-Siedlung um keinen eigenen Stadtteil handelt, sondern ein Teil des Stadtteils Finow.

Die namentliche Abstimmung wird vorgenommen:

Nr.	Name	Vorname	Ja	Nein	Enthaltung
1.	Banaskiewicz	Frank		X	
2.	Blum	Simone			X
3.	Boginski	Friedhelm		X	
4.	Büschel	Sabine		X	

5.	Prof. Creutziger	Johannes			X
6.	Dietterle	Oskar	X		
7.	Eberhardt	Florian			X
8.	Fischer	Reinhard		X	
9.	Funk	Johanna		X	
10.	Grohs	Uwe		X	
11.	Herrmann	Götz			X
12.	Hiekel	Ronny			X
13.	Hoeck	Martin		X	
14.	Jede	Viktor			X
15.	Jur	Danko		X	
16.	Kersten	Irene		X	
17.	Krieg	Thomas			X
18.	Landmann	Lutz		X	
19.	Lösche	Katja			X
20.	Dr. Mai	Hans		X	
21.	Mertinkat	Christian			X
22.	Oehler	Karen		X	
23.	Ortel	Dietmar			X
24.	Parys	Heinz-Dieter		X	
25.	Parys	Sabrina		X	
26.	Passoke	Volker		X	
27.	Stegemann	Thomas		X	
28.	Trieloff	Götz		X	
29.	Walter	Katharina		X	
30.	Walter	Sebastian		X	
31.	Weingardt	Tilo		X	
32.	Wolfgramm	Mirko	X		
33.	Wrase	Ringo		X	
34.	Zinn	Carsten	X		

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

TOP 14.8:

Vorlage: BV/0277/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 61 – Stadtentwicklungsamt

Benennung eines öffentlichen Geh- und Radweges in „Madame-Ebart-Weg“

Herr Hoeck teilt mit, dass eine vom Einreicher der Beschlussvorlage eingereichte Austauschseite vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt wurde (**Anlage 13**).

Herr Jur verlässt den Sitzungssaal um 21:04 Uhr (**34 Stimmberechtigte anwesend**).

Des Weiteren informiert Herr Hoeck, dass der Einreicher der Beschlussvorlage mitteilte, dass in der Austauschvorlage die Worte „Bürger-Weg“ jeweils durch das Wort „Bürgerweg“ (ohne Bindestrich) zu ersetzen ist.

Die Fraktion Die LINKE. stellt den Änderungsantrag, den öffentlichen Geh- und Radweg zwischen der Eberswalder Straße und dem Finowkanal in „Erna-Bürger-Weg“ zu benennen.

Herr Zinn teilt mit, dass er bereits in der letzten Wahlperiode mitgeteilt hat, dass er die Zuständigkeit der Straßenbenennung seines Erachtens nicht im ASWU sieht und darüber hinaus merkt er an, dass sich Herr Walter mit seinem Fraktionskollegen aus Oranienburg hierzu verständigen sollte, weil die Straßenbenennung dort mithilfe einer Benennungskommission erfolgt, was aus seiner Sicht weitaus bürgerfreundlicher ist. Diese Kommission besteht zum einen aus Stadtverordneten und zum anderen aus externen Fachexperten. Herr Zinn merkt an, dass es seines Erachtens keine Art und Weise ist, dass 36 Stadtverordnete über den Kopf von etwa 41.000 Einwohnerinnen und Einwohnern Straßennamen beschließen und diese sich dann mit den Namen identifizieren sollen. Ferner teilt er mit, dass er der Meinung ist, dass wenn auf dem Ergänzungsschild vermerkt ist, dass es sich bei Erna Bürger um eine Olympiasiegerin von 1936 handelt, bei den Bürgerinnen und Bürger mehr Fragen hochkommen als alles andere. Des Weiteren merkt er an, dass er den Namen „Madame-Ebart-Weg“ ebenso unpassend findet und er sich eher einen Namen gewünscht hätte, der einen funktionalen Bezug und keinen Namensbezug aufweist. Er macht deutlich, dass er weder der Originalbeschlussvorlage noch dem Änderungsantrag zustimmen wird.

Herr Passoke stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Beendigung der Debatte nach Abarbeitung der Rednerliste.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Aus der Diskussion ist zu erkennen, dass die Stadtverordneten es präferieren würden, wenn aus dem Straßennamen ersichtlich wird, dass es sich um die Person Erna Bürger handelt. Insbesondere unter der Beachtung, dass entschieden wurde, dass bei künftigen Straßenbenennungen auch Frauennamen bzw. bekannte weibliche Persönlichkeiten mit in den Vordergrund gestellt werden. Des Weiteren wird angemerkt, dass bei der Vergabe von Straßennamen besonders sorgfältige Prüfungen notwendig sind, um die genauen Biografien, Geschichten u. Ä. aus deren Vergangenheit zu berücksichtigen.

Der Einreicher der Beschlussvorlage übernimmt den Änderungsantrag der Fraktion Die LINKE. so dass der öffentliche Geh- und Radweg zwischen der Eberswalder Straße und dem Finowkanal nicht „Bürgerweg“ sondern in „Erna-Bürger-Weg“ benannt werden soll.

Abstimmungsergebnis zur vom Einreicher geänderten Beschlussvorlage: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 14/148/20

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass der neu entstehende öffentliche Geh- und Radweg zwischen Eberswalder Straße und Finowkanal in „Erna-Bürger-Weg“ benannt wird.

TOP 14.9:**Vorlage:** BV/0284/2020 **Einreicher/****zuständige Dienststelle:** 01.1 - Bürgermeisterbereich**Förderung der baulichen Erneuerung der Elektro- und Beleuchtungsanlagen, der Rissanierung in den Deckengewölben und der Arbeiten an den bleiverglasten Fenstern der Maria-Magdalenen-Kirche als Zuwendungsbaumaßnahme**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:**Beschluss-Nr.: 14/149/20**

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Förderung der baulichen Erneuerung der Elektro- und Beleuchtungsanlagen, der Rissanierung in den Deckengewölben und der Arbeiten an den bleiverglasten Fenstern der Maria-Magdalenen-Kirche als Zuwendungsbaumaßnahme grundsätzlich zu und beauftragt den Bürgermeister, nach Prüfung eines förmlichen Förderantrags im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens über die Förderung der Baumaßnahme zu entscheiden.

TOP 14.10:**Vorlage:** BV/0296/2020 **Einreicher/****zuständige Dienststelle:** Fraktion SPD I BFE,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Fraktion FDP I Bürgerfraktion Barnim,
Fraktion DIE LINKE.**Einberufung einer AG zur Benennung anerkannter schwerbehinderter Personen als Vertreter*innen in Fachausschüssen**

Herr Zinn teilt mit, dass ihn diese Vorlage sehr erstaunt hat und informiert, dass er mit dem Vorsitzenden des Behindertenverbandes korrespondiert hat und er es als sehr diskriminierend erachtet, dass, wenn man Ambitionen hat, als Interessenvertreter für Behinderte zu fungieren, einen Grad der Behinderung von 50 aufweisen muss. Des Weiteren merkt er an, dass in der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg genau geregelt ist, wer die Interessen der Behinderten zu vertreten hat und weist darauf hin, dass für die Stadt Eberswalde bereits eine durch die Stadtverordnetenversammlung benannte Behindertenvertretung existiert. Ferner führt er aus, dass es sich hierbei um eine Altlast aus der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg vor 2008 handelt. Darüber hinaus teilt er mit, dass im § 43 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg keine Anhaltspunkte für die Gründung von Arbeitsgruppen enthalten ist, sondern maximal die Bildung von Unterausschüssen thematisiert wird. Ferner schlägt er vor, dass aus allen vorgeschlagenen Personen ein Behindertenbeirat gewählt wird, sodass die Interessen nicht nur alibimäßig vertreten werden. Er teilt mit, dass er dieser Beschlussvorlage schon aus kommunalrechtlicher Sicht nicht zustimmen kann.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:**Beschluss-Nr.: 14/150/20**

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Ausschuss für Kultur, Soziales und Integration

(AKSI) sowie den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport (ABJS), in ihren November-Sitzungen eine gemeinsame Arbeitsgruppe zu bilden, mit dem Ziel Vertreter*innen anerkannt schwerbehinderter Personen als sachkundige Einwohner*innen in den Fachausschüssen vorzuschlagen. In diese Arbeitsgruppe sollen neben den beiden Vorsitzenden je zwei weitere Vertreter aus dem jeweiligen Ausschuss berufen werden.

TOP 14.11:

Vorlage: BV/0292/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 40 – Amt für Bildung, Jugend und Sport

**Antragstellung der Stadt im Rahmen des Bundesprogramms „Sanierung von kommunalen Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“
(Förderung für das Fritz-Lesch-Stadion – Erneuerung Kunststoffflächen)**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 14/151/20

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Antragstellung auf Förderung aus dem Bundesprogramm „Sanierung von kommunalen Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ für das Fritz-Lesch-Stadion zu. Mit diesem Beschluss bindet sich die Stadtverordnetenversammlung, dass bei Auswahl des Projektes durch den Fördermittelgeber die kommunalen Eigenmittel zur Verfügung stehen. Mit der Antragstellung wird ferner erklärt, dass mit dem beantragten Projekt noch nicht begonnen wurde und keine weitere öffentliche Förderung für die geplanten Maßnahmen besteht.

TOP 14.12:

Vorlage: BV/0295/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 32 - Ordnungsamt

Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Eberswalde über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen aus Anlass von besonderen Ereignissen für das Jahr 2020

Herr Prof. Dr. König teilt als Einreicher der Beschlussvorlage mit, dass in der Sachverhaltsdarstellung auf Seite 4, 5. Absatz die Veranstaltungszeit an den Wochenenden von 13:00 Uhr bis 20:00 Uhr zu ergänzen ist

Abstimmungsergebnis mit der vom Einreicher vorgenommenen Änderung: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 14/152/20

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde beschließt die als Anlage 1 beigefügte

„Ordnungsbehördliche Verordnung zur Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Eberswalde über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen aus Anlass von besonderen Ereignissen für das Jahr 2020“ und hält an den verkaufsoffenen Sonntagen 29.11.2020 und 06.12.2020 fest.

TOP 14.13:

Vorlage: BV/0301/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Fraktion DIE LINKE.,
Fraktion CDU

Erhöhung der finanziellen Mittel für "Förderrichtlinie für das Eberswalder Wachstums- und Konjunkturpaket"

Herr Jede, Herr Krieg und Herr Eberhardt erklären sich für befangen und nehmen weder an der Diskussion noch an der Abstimmung teil.

Herr Ortel verlässt den Sitzungssaal um 21:52 Uhr (**32 Stimmberechtigte anwesend**).

Herr Zinn teilt mit, dass er nach niederschwelligem Studieren der Beschlussvorlage der Meinung ist, dass sie überwiegend für die Medien erarbeitet wurde und merkt an, dass sich die Förderrichtlinie bereits in der Gemeinde Schorfheide rumgesprachen hat und Einwohnerinnen und Einwohner, Unternehmer etc. sich fragen, welchen Populismus die Stadt Eberswalde dort betreibt. Des Weiteren stößt es bei ihm auf Unverständnis, dass diese Beschlussvorlage nicht in den zuständigen Fachausschuss eingebracht wurde, um diese eingehend erörtern zu können. Ferner teilt er mit, dass Fakt ist, dass wenn Monat für Monat jeweils weitere 100.000 € beschlossen werden, die Haushaltsmittel irgendwann ausgeschöpft sind. Des Weiteren ist für ihn unverständlich warum die Liste über die Mittelverwendung des Eberswalder Wachstums- und Konjunkturpaketes nichtöffentlich behandelt wurde, weil es sich hierbei um öffentliche Fördermittel handelt und seines Erachtens öffentlich behandelt werden sollten. Darauf bezogen teilt er mit, dass auf dieser Liste Unternehmen stehen, die sich in seinen Augen in keiner wirtschaftlichen Notlage befunden haben. Er plädiert dafür, die Richtlinie nachzusteuern unter der Voraussetzung, dass konkret denen geholfen wird, die derzeit an ihre wirtschaftlichen Grenzen kommen und nicht denen, die nur von dieser Richtlinie profitieren. Ferner teilt er mit, dass er von anderen Ebenen kommuniziert bekommt, dass bestimmte Unternehmen bereits die zweite oder dritte Förderung bewilligt bekommen haben und dies seines Erachtens auch Grund dafür sei, dass die Mittelverwendung dieser Richtlinie nichtöffentlichen Charakter aufweist. Herr Zinn macht deutlich, dass er sich sehr wohl für Unterstützung ausspricht, jedoch gilt seiner Meinung nach das Verursacherprinzip, welches die Verantwortung auf Bund und Länder überträgt und fragt, wie diese Fördermittel auch durch die städtischen Fördermittel bedient werden.

Herr Landmann stellt im Namen der Fraktion SPD I BFE die Änderungsanträge zur Beschlussvorlage, diese in folgenden Punkten zu ergänzen:

1. Bedingung für die Gewährung einer Zuwendung wird, dass ein Einverständnis des Zuwendungsempfängers zur Veröffentlichung des Namens bzw. des Unternehmens erteilt wird.
2. Über die Gewährung der Zuwendung entscheidet der Hauptausschuss.

Es wird eine 3-minütige Pause eingelegt.

Herr Landmann teilt mit, dass die Fraktion SPD I BFE an der Intention der Richtlinie festhält, da sie selbst als Miteinreicher dieser Beschlussvorlage fungiert haben und den Zweck dieser Richtlinie se-

hen. Des Weiteren teilt er mit, dass er die eingereichten Änderungsanträge zurückzieht, da diese zu zur Verzögerung und rechtlichen Problemen führen würden, da durch sie eine Änderung der Richtlinie notwendig wäre, die einen Zeitraum von einigen Wochen in Anspruch nehmen würde. Grundsätzlich hält die Fraktion SPD I BFE an ihren Kritikpunkten fest, aber nach Rücksprache mit der Verwaltung entschieden wurde, dass von jedem Unternehmer, Selbstständigem, etc. freiwillig eine Erklärung zur Veröffentlichung des Namens des Unternehmens erbeten wird. Ferner teilt er mit, dass bei der nächsten Erarbeitung einer Richtlinie festgelegt werden sollte, wer darüber entscheidet.

Abstimmungsergebnis zur ursprünglich eingereichten Beschlussvorlage: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 14/153/20

Die bereitgestellten Mittel für die Förderrichtlinie für das Eberswalder Wachstums- und Konjunkturpaket werden um 100.000 € erhöht.

Die Haushaltsmittel werden der Rücklage entnommen.

Herr Hoeck stellt aufgrund der fortgeschrittenen Zeit, es ist 22:23 Uhr, gemäß § 3 Absatz 6 der Geschäftsordnung der Stadt Eberswalde zur Abstimmung, ob die Sitzung fortgesetzt werden soll.
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Herr Hoeck beendet die öffentliche Sitzung um 22:23 Uhr.

Martin Hoeck
Vorsitzender der
Stadtverordnetenversammlung

Kaminski
Schriftführerin

Gemäß § 13 Abs. 2 Pkt. 10 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde wurden die Kursiv dargestellten Wortbeiträge mit in die Niederschrift aufgenommen.

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Bürgermeister**
Friedhelm Boginski

- **SPD | BFE**
Götz Herrmann
Dr. med. Julia Kraushaar entschuldigt
Lutz Landmann
Katja Lösche
Hardy Lux entschuldigt
Dr. Hans Mai
Thomas Stegemann
Ringo Wrase

- **DIE LINKE.**
Sabine Büschel
Irene Kersten
Volker Passoke
Katharina Walter
Sebastian Walter

- **CDU**
Reinhard Fischer
Uwe Grohs
Danko Jur bis 21:05 Uhr anwesend
Dietmar Ortel bis 21:52 Uhr anwesend

- **FDP | Bürgerfraktion Barnim**
Frank Banaskiewicz ab 18:03 Uhr anwesend
Simone Blum
Martin Hoeck
Götz Trieloff

- **Bündnis 90/Die Grünen**
Prof. Johannes Creutziger
StRin Johanna Funk
Prof. Dr. Heike Molitor entschuldigt
Karen Oehler

- **Alternative für Deutschland**
Florian Eberhardt
Thomas Krieg
Tilo Weingardt

- **Bündnis Eberswalde**
 Ronny Hiekel
 Viktor Jede
 Christian Mertinkat

- **Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur**
 Oskar Dietterle
 Mirko Wolfgramm

- **AfD "Die Mitte"**
 Heinz-Dieter Parys ab 18:05 Uhr anwesend
 Sabrina Parys ab 18:05 Uhr anwesend

- **fraktionslos**
 Carsten Zinn

- **Ortsvorsteher/in**
 Helmut Herold
 Matthias Stiebe entschuldigt

- **Dezernent/in**
 Maik Berendt
 Anne Fellner
 Prof. Dr. Jan König

- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**
 Johan Bodnar
 Edmund Lenke
 Stefan Prescher
 Dr.-Ing. Georg Werdermann